

Bitte Adressberichtigung melden!

AZB 3604 Thun Strättligen-Markt

Nr. 5

November / Dezember 2006

www.evp-be.ch

www.pev-be.ch



berner
EVP

INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI KANTON BERN

VORAB

Politik quo vadis?

Viele (vor allem die vier grossen) Parteien verlieren gemäss einem Artikel der «Sonntagszeitung» immer mehr Mitglieder, die sich engagieren, mitdenken und mitgestalten wollen. In einem anderen Artikel dieser Zeitung konnte man auch erfahren, dass das Lügen in der Politik zu



Christof Scheidegger

den Kavaliärsdelikten gehöre und zugenommen habe... Ob die beiden Aussagen etwas miteinander zu tun haben könnten? Wer lügt, dem vertraut man nicht; wem man nicht vertraut, dem hört man nicht zu, geschweige denn, man engagiert sich für ihn oder seine Ideen.

Ich bin überzeugt, dass man durch die Politik etwas bewegen und verändern kann. Dazu braucht es aber eine Politik, die mit den Leuten spricht und nicht an ihnen vorbei; die realitätsbezogene Themen angeht und praktikable Lösungen präsentiert und sich nicht in einer Retortenwelt mit Utopien befasst; die Wahrheiten verbreitet und sich nicht mit Lügen schmückt.

Nehmen wir uns, gerade im Blick auf die kommenden Gemeindewahlen, die vielerorts im Herbst über die Bühne gehen, die diesen Artikel der «Sonntagszeitung» zu Herzen. Versuchen wir, die von der Politik enttäuschten Leute zu motivieren, dass sie wieder mitdenken und mitgestalten wollen.

Christof Scheidegger, Vorstand EVP Thun, Gemeinderats- und Stadtratskandidat, bekannt als Rekordhalter beim Fernsehquiz «Eiger, Mönch und Maier».

Die EVP wächst weiter

Die seit Jahren anhaltenden Wahlerfolge der bernischen EVP schlagen sich auch in den Mitgliederzahlen nieder. Kürzlich konnte das hundertste Neumitglied des laufenden Jahres registriert werden. Der aktuelle Mitgliederbestand der EVP Kanton Bern beträgt somit 1327. Während die grossen Parteien ständig Mitglieder verlieren, wächst die EVP seit über 10 Jahren kontinuierlich.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 26. NOVEMBER 2006: FAMILIENZULAGEN

Ja zu fairen Kinderzulagen

Eine Harmonisierung und Anhebung der Kinderzulagen ist überfällig und ein altes Anliegen der EVP. Sie empfiehlt am 26. November ein Ja zum Familienzulagengesetz.

Weil der Gewerbe- zusammen mit dem Arbeitgeberverband das Referendum gegen das Familienzulagengesetz ergriffen hat, haben wir am 26. November 2006 über das «Bundesgesetz über die Familienzulagen» abzustimmen. Es hat eine lange Vorgeschichte und geht auf eine parlamentarische Initiative von Angeline Fankhauser zurück, welche bereits 1991 überwiesen wurde. Travail Suisse hat 2001 die Volksinitiative «Für faire Kinderzulagen!» lanciert, welche 15 Franken pro Kind und Tag forderte. Sie wurde auch von der EVP unterstützt. Um den indirekten Gegenvorschlag des Parlamentes nicht zu gefährden, wurde die Initiative zurückgezogen.



Walter Donzé

Was bringt das Gesetz?

Das Familienzulagengesetz vereinheitlicht die Kinderzulagen schweizweit und setzt gewisse Mindeststandards. So werden die grössten Unterschiede zwischen den Kantonen ausgeglichen.

1. In Zukunft wird für jedes Kind eine ganze Kinderzulage ausbezahlt. Bis anhin haben Teilzeitangestellte oft nur gekürzte Zulagen erhalten.
2. Die Kinderzulagen müssen mindestens 200 Franken pro Kind und Monat betragen und werden der Teuerung angepasst. Die Kantone dürfen höhere Kinderzulagen weiterhin vorsehen.



EVP-Stand in Bern anlässlich des grossen Festes für faire Kinderzulagen.

3. Die Ausbildungszulagen betragen mindestens 250 Franken.

Neuere Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen zeigen, dass das Familienzulagengesetz im Jahr 2009 Mehrkosten in der Höhe von 473 Millionen Franken verursachen wird. Weil aber die Beitragssätze der Arbeitgeber an die kantonalen Familienausgleichskassen zwischen 2002 und 2006 um zwei Lohnpromille gesenkt worden sind, entstehen mit dem neuen Gesetz gegenüber dem Stand von 2002 keine Mehrkosten.

Kinderrente statt Kinderzulagen?

Ginge es nach der EVP und ihrem neuen Schwerpunktprogramm, ginge der System-

wechsel bei den Kinderzulagen noch weiter: sie würden zusammen mit allen weiteren Zahlungen und dem Kinderabzug in der Steuererklärung abgeschafft und durch eine einheitliche Kinderrente ersetzt. Weil die ganze Bevölkerung und nicht nur die Erwerbstätigen etwas zum Fortbestand unserer Gesellschaft beitragen sollen, würde diese Kinderrente nicht mit Beiträgen der Sozialpartner, sondern mittels Steuern finanziert. Doch bis dieser Systemwechsel umgesetzt werden kann, unterstützt die EVP die schweizweite Harmonisierung und Anhebung der Kinderzulagen. ■

Walter Donzé, EVP-Nationalrat, Frutigen

Die EVP unterstützt diese Vorlage. Vgl. Parolen auf Seite 4.

LE CONSEIL DU JURA BERNOIS DOIT TROUVER SES MARQUES...

Une plate-forme incontournable

En juin dernier, les 24 nouveaux membres élus du Conseil du Jura bernois (CJB) se sont mis au travail, reprennant principalement les prérogatives de la «participation politique», exercée depuis 1994 par le Conseil régional (droit du Jura bernois de donner son avis sur les modifications de lois, les arrêtés du Grand Conseil et du Conseil-exécutif notamment).

En plus, la loi sur le statut particulier attribue maintenant d'autres compétences au CJB, désormais organe politique faitier des trois districts francophones.

Il lui incombera notamment à l'avenir de statuer sur les demandes de subventions allouées aux activités culturelles ainsi que sur les subventions cantonales à prélever sur le Fonds de loterie et le Fonds du sport. Pour ce faire, le CJB disposera chaque année d'une enveloppe financière importante.

Dans le cadre de la coordination scolaire romande et interjurassienne, les membres du

CJB pourront traiter directement avec les cantons voisins.

Ce sont donc principalement dans les domaines de la culture et de l'instruction publique que le CJB aura l'occasion de se prendre en main et de faire entendre sa voix.

Après quelques mois de fonctionnement, il apparaît que les élus souhaitent véritablement en faire une plate-forme incontournable, tant au sein du canton de Berne qu'en Suisse romande, ceci dans une atmosphère constructive. Certes, il y aura lieu de maîtriser sereinement les premières embûches, mais très probablement que le CJB constituera une alternative tout à fait crédible au canton à six districts souhaité par les milieux autonomistes.



Patrick Gsteiger

L'AJJ devra donner au CJB le temps nécessaire de s'affirmer et d'incarner pleinement l'identité du Jura bernois.

Tom Gerber de Reconvilier est le seul élu du PEV à siéger au CJB. Il est membre des sections «instruction publique» et «travaux publics, transports et énergie». Nous lui souhaitons beaucoup de satisfaction dans l'exercice de son mandat. ■

Patrick Gsteiger, Président du PEVJB

Un grand MERCI pour votre soutien

Nous avons pris la liberté de joindre un bulletin de versement en faveur de la section régionale du PEVJB. Merci de continuer à soutenir notre extension dans la partie francophone du canton de Berne. Vous contribuez ainsi à renforcer les valeurs de l'Evangile dans nos décisions politiques.

ANZEIGE

**Jesus spricht:
Ich bin der
Weg, die Wahr-
heit und das
Leben.**

Sagt die Bibel in Johannes 14,6

Zusammenarbeit mit Osteuropa bringt vor allem Vorteile

Gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wurde das Referendum ergriffen, mit der falschen Behauptung, der Bund wolle der Europäischen Union 1 Milliarde Schweizer Franken für den Kohäsionsfonds für Osteuropa zukommen lassen.

Konkrete Projekte werden unterstützt

Im Zusammenhang mit den Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union wird von der EU verständlicherweise erwartet, dass sich die Schweiz finanziell an der Unterstützung der Entwicklung der neuen EU-Länder im Osten Europas beteiligt. Über die Dauer von rund zehn Jahren soll insgesamt 1 Milliarde Franken für gezielte Projekte zur Verfügung gestellt werden. Pro Jahr entspricht dies rund 100 Millionen Franken. Diese Mittel werden im Bundeshaushalt kompensiert. Es geht somit kein einziger Franken an die EU und schon gar nicht in einen Fonds der EU. Norwegen, welches dem Europäischen Wirtschaftsraum angehört und weniger Einwohnerinnen und Einwohner als die Schweiz zählt, bezahlt 1,7 Milliarden Franken. Das Gesetz, über welches wir abstimmen, ist die rechtliche Grundlage sowohl für die bereits bisherige traditionelle Osthilfe unseres Landes wie auch für diese Milliarde Franken. Hauptanliegen des Osthilfegesetzes ist es, die ehemals kommunistischen Länder Europas und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) bei deren Übergang zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft weiterhin zu unterstützen. Die Geltung des Osthilfegesetzes ist auf 10 Jahre beschränkt.

Wirtschaftlich interessant

Der bilaterale Weg hat sich für unser Land als der richtige Weg erwiesen. Die Mittel, welche unser Land für die jungen Demokratien Europas zur Verfügung stellt, sind jedoch als Gegenleistung auch als Investition zu betrachten, wachsen doch in Osteuropa für die Schweiz interessante Märkte heran. Die bilaterale Ostzusammenarbeit bringt direkte finanzielle Rückflüsse durch Lieferaufträge für die Schweizer Wirtschaft. Der Handel mit den osteuropäischen Staaten trägt darum zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz bei. Das schweizerische Engagement schafft aber auch Wissen um Ausschreibungen von Aufträgen im EU-Raum und verbessert die Chancen, diese zu erhalten (Türöffnereffekt).

Besser vor Ort helfen als in der Schweiz

Durch die gezielte Unterstützung wird die Lage vor Ort verbessert und dadurch mehr Sicherheit und Stabilität geschaffen: Armut, hohe Einkommensunterschiede und schwache staatliche Institutionen bedeuten politische Risiken auch für Westeuropa, wenn sie sich in grenzüberschreitender Kriminalität sowie in einem Auswanderungsdruck Richtung Westeuropa niederschlagen. Es ist besser und letztlich günstiger in Frieden und Wohlstand zu investieren, als die negativen Folgen von Kriegen und Armut mittragen zu müssen: d. h. Flüchtlingsströme, hohe soziale und wirtschaftliche Folgekosten, Verbrechen. Mit der Unterstützung vor Ort helfen wir mit, sicherere und stabilere Verhältnisse vor unserer Haustür zu schaffen.

Die EVP unterstützt diese Vorlage. Vgl. Parolen auf Seite 4.

Fest zum Kampagnenstart

Am 7. Oktober fand auf dem Waisenhausplatz ein Fest für Familien statt. Dieses war der Kampagnenstart zum Familienzulagengesetz, das am 26. November zur Abstimmung kommt. Auch die EVP war am Fest präsent. Susi und Urs Meier, Ruth Linder und Barbara Streit stellten an einem Stand Popcorn her, das sie an die anwesenden Kinder verschenkten. EVP-Nationalrat Walter Donzé, seines Zeichens Vater von vier Söhnen und zehn Enkelkindern, setzte sich als Redner für einheitliche Kinderzulagen in der ganzen Schweiz im Sinne der Vorlage ein. Nachfolgend ein Auszug aus seiner Ansprache:



oder scheitert: Trotz hohem Aufwand an Geld, Angeboten, Institutionen und Professionalität bleiben oft Defizite zurück. Verhüten wir sie möglichst, indem wir die Familienarbeit wertschätzen! Vermeiden wir Stress und die Armutsfalle für unsere Familien. Helfen

wir, dass Familie wieder als etwas Erfüllendes erlebt wird und dass das Kinderkriegen nicht auf den letzten Moment verschoben wird.

Kinder haben und sie aufs Leben vorbereiten zahlt sich aus: Geliebte Menschen können sich an andere verschenken. Leute mit intakten Beziehungen und positiver Einstellung sind beweglichere, selbstständigere und arbeitsamere Mitarbeitende. Dankbare Nachkommen sorgen für ihre betagten Eltern und ermöglichen ihnen, ihren Lebensabend zu Hause zu verbringen. Auch damit nehmen sie dem Staat teure Aufgaben ab. **Gerne hätte ich Ihnen** den volkswirtschaftlichen Wert der Familie in Franken beziffert. Der Bundesrat lehnte es ab, entsprechende Unterlagen zusammenzuzählen.

Kinderzulagen sind gut angelegtes Geld. Von den Leistungen der Familien profitieren alle. Mütter und Väter sollen sich nicht dafür entschuldigen müssen, dass sie sich Zeit für die Erziehung ihrer Kinder nehmen. Es ist Zeit, dass wir das eingestehen.

Liebe Freunde

Wer bereitet dem ankommenden Kind

liebervoll ein Nestchen vor? Der Staat oder die Eltern? Wer gibt ihm die erste Nahrung und steht nachts auf, um das Bebe zu versorgen? Etwa der Staat? Wer formt die Persönlichkeit eines Menschen in den ersten Monaten und Jahren seines Lebens und verleiht ihm eine starke Identität? Wer schenkt ihm Geborgenheit, Zuspruch und körperliche Nähe und damit ein Urvertrauen, das durch nichts, auch nicht durch noch so professionelle Betreuung, ersetzt werden kann?

Wer sind die Bezugspersonen? Von wem wird das Kind geliebt? An wen kann es sich wenden? Wo bekommt es Antworten? Wer gibt ihm Schutz und alles, was es sonst noch zum Leben braucht? Wer kann das besser – wer weiss sich mehr verantwortlich – als die eigenen Eltern?

Erfahrungen in der frühen Kindheit beeinflussen Charakter, Empfinden, Entscheidungen und Entwicklung eines heranwachsenden Menschen. In der Familie werden Werte vorgelebt und vermittelt. Kindererziehung lässt sich nicht industrialisieren. Der Fernseher kann es nicht, und auch nicht die Spielkonsole. Wie es keine bessere Ernährung als die Muttermilch gibt, so gibt es keine besseren Erzieher als die eigenen Eltern. Und sie tun es am motiviertesten und am kostengünstigsten!

Kartoffeln können Sie maschinell pflanzen und ernten. Kinder nicht. Jede Kinderkrippe, jedes Kinderheim, jedes Tagesangebot für Kinder und Jugendliche kann eine grosse und gute Aufgabe erfüllen, aber sie können nie die eigenen Eltern ersetzen. Schule und Lehrmeister wissen um die Vorzüge eines stabilen Umfeldes für junge Menschen. Eine positive Lebenseinstellung, Rücksicht und Beziehungsfähigkeit – das lernt man am leichtesten zu Hause.

Was die Familienarbeit für den Staat wert ist, wird am ehesten dort sichtbar, wo sie fehlt

AUS GEMEINDEN UND REGIONEN

Gute Wahlen in Langenthal

Leider wurde **Paula Schaub** (EVP) nicht zur Stadtpräsidentin gewählt. Sie erhielt mit 1060 Stimmen aber nur 65 Stimmen weniger als der zweitplatzierte SP-Kandidat. «Dieses gute Resultat bewegt mich», meinte Paula Schaub gegenüber einer Zeitung. Es sei ein gutes Gefühl: «1060 Langenthalerinnen und Langenthaler haben mir dieses Amt zugetraut.» Gewählt wurde Thomas Rufener von der SVP.



Warum ich bei der EVP politisiere



... weil ich die Hoffnung habe, dass EVP-Politikerinnen und -Politiker nicht nur schwarz-weiss sehen, sondern auch die Graustufen dazwischen erkennen können!

Ursula Sutter, Gemeinderatskandidatin, Melchnau

RATHAUSPOST

Mit neuem Elan zum Erfolg

Bereits zum zweiten Mal traf sich die Fraktion in ihrer neuen Zusammensetzung, und **Grossrat Marc Jost** eröffnete die Fraktionssitzung mit einigen Gedanken zu 5. Mose 4,5–8.

Dass unser Team mit den letzten Wahlen auch eine Verjüngung erfuhr, wurde sichtbar an zwei privaten Ereignissen; Philippe Messerli (Nidau) heiratete und Marc Jost (Thun) wurde zum zweiten Mal Vater.

Eine gute Teamatmosphäre ist uns wichtig, und wir pflegten diese, indem wir zusammen mit Ehemaligen und Ehepartnern den jährlichen Fraktionsausflug machten. Gerhard Baumgartner (Ostermundigen) lud ein in seine Emmentaler Heimat, wo er manchenorts noch an Kindheits-erinnerungen anknüpfen konnte. Die spannende Führung durch das Schloss Trachselwald liess uns erahnen, wie unendlich viel Unrecht die Emmentaler Täufer damals durch eine gnadenlose Obrigkeit erlitten haben mussten. Nach diesen emotional starken Eindrücken erfolgte ein krasser Szenenwechsel. Vom Geschäftsführer der Firma Blaser in Hasle-Rüegsau erhielten wir einen Einblick in den global operierenden Produktionsbetrieb. Wir waren wohl alle recht beeindruckt von der Innovationskraft dieses 70-jährigen Familienunternehmens, welches zwar seinem Emmentaler Standort aus Überzeugung treu bleibt, aber zugleich in den Wachstumsmärkten der Welt neue Firmenstandorte aufbaut.

Erfolg: Rauchfrei im Gastgewerbe

Zurück im Berner Rathaus, war für die EVP-Fraktion sicher die Motion von **Ruedi Löffel** «Schluss jetzt mit unerwünschtem Rauch im Gastgewerbe» ein emotionaler Höhepunkt. Von

einigen Ratsmitgliedern wurde zwar moniert, es sei Zwängerei, schon so kurz nach dem letzten Vorstoss wieder mit dem gleichen Anliegen zu kommen. Aber die knappe Abstimmung (mit Stichentscheid des Präsidenten) in der letzten Legislatur, die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die eindeutig positive Haltung einer Mehrheit der Bevölkerung legitimierte diesen wiederholten Vorstoss. Die Argumente blieben zwar weitgehend die gleichen, aber Ruedi Löffel konnte mit seinem emotional wie sachlich engagierten Votum offenbar auch einige Bürgerliche überzeugen, und so wurde die Motion schlussendlich mit deutlichem Mehr angenommen.

Police Bern

Etliches zu Reden gab im Rat auch die Feinstaub-Problematik, zu welcher ganze 9 Motionen und Interpellationen eingereicht worden waren. Der Handlungsbedarf war unbestritten, aber über die Remedur war man sich dann doch nicht so einig. Ein anderes heisses Eisen war die Motion zur Senkung der Fallzahlen bei den Sozialdiensten.

Viel diskutiert wurde auch das neue Polizeigesetz, welches für den Kanton Bern eine einzige uniformierte Polizei vorsieht. Die Vorbehalte der Städte Bern und Biel wurden nochmals aufgenommen und diskutiert. Dass die strategische Verantwortung für die Sicherheit (zum Beispiel bei Demonstrationen) weiterhin bei der Stadt bleiben soll, während die operative Führung der Polizei vom Kanton wahrgenommen wird, lässt tatsächlich für die Zukunft potenzielle Konflikte erahnen. Aber im Grundsatz ist die einheitliche Polizei doch weitgehend unbestritten. Das Gesetz wurde in erster Lesung verabschiedet.

Weitere Vorstösse eingereicht

Die EVP-Fraktion entwickelt für die Zukunft einiges an Dynamik. So verlangt **Christine Schnegg** vom Regierungsrat die Erarbeitung eines Familienkonzepts mit konkreten Massnahmen zur Familienförderung. Und **Marianne Streiff-Feller** ergänzt diese Forderung mit einer Motion, welche die Einführung einer direktionsübergreifenden Familienkonferenz verlangt. Denn bisher wird Familienpolitik auf Kantonebene kaum vernetzt.

Josef Jenni nutzt seine Kernkompetenz als Solarpionier, um in einer Motion zu verlangen, Solarinstallateur sei als eigenständige Berufsausbildung einzuführen. Er erhofft sich dadurch einen positiven Effekt auf die Verbreitung von Solaranlagen.

Ruedi Löffel verlangt in einem Postulat die Prüfung von Massnahmen, um die EURO 08 ohne Alkohol-Exzesse feiern zu können, und **Philippe Messerli** reichte eine Interpellation ein unter dem Titel «Steuerwettbewerb: Fluch oder Segen?» Er will vom Regierungsrat wissen, wie er sich im interkantonalen Steuerwettbewerb zu positionieren gedenkt. Die EVP-Fraktion im Grossen Rat bleibt am Ball!

Wilf Gasser, Grossrat, EVP Stadt Bern

Unsere 13 amtierenden Grossrätinnen und Grossräte



Christine Schnegg

Marianne Streiff

Gerhard Baumgartner



Walter Bieri

Heinz Dätwyler

Wilf Gasser

Niklaus Gfeller

Markus Gossen



Josef Jenni

Marc Jost

Ruedi Löffel

Philippe Messerli

Erwin Sommer

Jonas Baumann-Fuchs



Du bist Mitredaktor der «berner EVP»-Zeitung, seit über sechs Jahren im Vorstand der EVP Thun, Einsatz in der Fraktion der Mitte (EVP und CVP) und hast bei diversen Wahlen kandidiert. Ende November stehst du in Thun als Gemeinde- und Stadtratskandidat zur Verfügung. Was motiviert dich zum politischen Schaffen?

In der Lehrerausbildung, im Studium, in Weiterbildungen und bei der täglichen Arbeit begegne(te)n mir immer wieder Fragestellungen, die vor allem auf der politischen Ebene beantwortet werden müssen. Viele Erfahrungen primär im sozialen Bereich zeigen mir, dass Entscheide oftmals nicht für den Mensch gefällt werden, sondern reine «Kässelientscheide» sind. Keine Angst, auch mir ist klar, dass Geld vorhanden und verdient sein muss. Ich bin aber der Meinung, dass gewisse aktuelle Politlösungen nur sehr kurzfristig einen «Spareffekt» aufweisen oder dann nur in einer bestimmten Kasse – also eher Scheinlösungen sind! Zudem behaupte ich mal ganz frech, ohne Investition stirbt das Volk.

Als Psychologe betreust du lehrstellenlose Jugendliche und andere «leidende» Menschen, vielleicht siehst du da auch einfach nur eine Seite der Medaille.

Als Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitsgruppen einer Stiftung, Geschäftsleiter der Dienstleistungsorganisation Mosaicstones sowie aus der Organisationspsychologie kenne ich die andere Seite auch. Ich verstehe, wenn man sich differenziert über «soziale Schmarotzer» nervt. Desgleichen fordere ich aber auch dazu auf, sich über «wirtschaftliche Schmarotzer» mindestens so stark zu nerven. In diesem Bereich scheinen einige unsere Politiker «komischerweise» weniger Aktivismus zu entwickeln, Gesetze gegen diesen Missbrauch durchzusetzen. Sicher ist es so, dass ich unsere Gesellschaft daran messe, wie sie mit den «Schwächsten» umgeht, daran zeigt sich für mich der Grad der Solidarität. Das ist ausgewogene und differenzierte Politik!

Mit deinem Engagement bei der EVP, aber auch mit der Gründung von Mosaicstones im Jahr 2000 (eine Dienstleistungsorganisation für wertorientierte Projekte und Medien) setzt du dich seit Jahren aktiv für Werte in unserer Gesellschaft ein. Wieso ist dir dies so wichtig?

Es mag jetzt etwas komisch klingen, aber ich bin froh, dass unsere Werte kritisch hinterfragt werden. Wo dies nicht mehr geschieht oder geschehen darf, wird mir Angst und Bange – bleiben wir stehen, werden ungeniessbar. Wenn Hinterfragen aber dazu führt, das Kind mit dem Bad auszuschütten, finde ich es sehr problematisch. Denn Innovation braucht auch Tradition und umgekehrt. Ich bin überzeugt, und darum auch mein Einsatz, dass auf der Basis des christlichen Glaubens, viel Gesundes, eben Wertvolles entstehen kann und schon entstanden ist! ■

Mehr Informationen zur Person Jonas Baumann-Fuchs finden Sie unter www.jonasbaumann.ch
Interview: bEVP

Margrit Rieser, Toffen

Margrit Rieser arbeitet als selbstständige Physiotherapeutin. Sie hat aber keine Praxis, sondern geht mit einer grossen Tasche mit dem nötigsten Material jeweils zu den Patientinnen und Patienten nach Hause, sei es in einem kleineren Krankenhaus oder in deren Privatwohnung.

Wie kamst du zur EVP?

Da Otto Zwygart senior ein Onkel meiner Mutter war, habe ich als Christin die EVP-Politik schon immer verfolgt. Ich fand sie aber zu brav und zu zahm. Vor rund 20 Jahren kam ich als einzige Parteilose in die Schulkommission Thörishaus. Da mir das Soziale sehr wichtig ist, trat ich der SP bei. Bei gewissen Anliegen wie etwa der Abtreibung konnte ich mich als Christin aber nie mit dieser identifizieren. Inzwischen sind unsere drei Kinder erwachsen, mein Mann und ich sind nach Toffen gezogen. Da ich politisch zu meinem Christsein stehen wollte, trat ich zur EVP über. Es gefällt mir, dass die EVP heute mehr wagt und mutiger geworden ist.

Wie sieht deine berufliche Tätigkeit aus?

Es ist sicher aussergewöhnlich, dass ich als selbstständige Physiotherapeutin keine Praxis führe. Am meisten trifft man ja grosse Praxen mit mehreren Angestellten. Bis die Kinder aus der Schule waren, arbeitete ich angestellt und in Teilzeit, um genügend Zeit für meine Kinder zu haben. Erst danach begann ich selbstständig zu arbeiten. Das Eröffnen einer Praxis würde viel kosten. Das kann ich umgehen, indem ich sogenannte Domizilbehandlungen mache. Heute verdiene ich so relativ gut. Ich bin ein Beziehungsmensch und schätze den engen Kontakt zu Menschen sehr, den ich im Beruf habe.

Viele KMU-Betriebe klagen über die administrativen Aufgaben. Wie sieht das bei dir aus?

Mich erstaunte vor allem wie schwierig es war, als Selbstständigerwerbende anzufangen. Ich löste schon etwa 1980 die Bewilligung dafür. Damals brauchte es nicht mehr als ein paar Telefonate und ein paar Briefe. Als ich vor einigen Jahren wieder in die Selbstständigkeit wollte, merkte ich, dass es einen Rattenschwanz von Dingen erfordert, der gar nicht aufgeht. Verschiedene Stellen schoben die Frage wegen sich widersprechender Bestimmungen monatelang hin und her. Nur weil ich reklamierte, wurde durch persönliches Engagement von einzelnen eine Lösung gefunden. Ich frage mich, wie das andere machen.

Jetzt, wo du die Bewilligung hast, ist der administrative Aufwand aber vertretbar?

Ja. Es ist etwas, das ich lieber nicht machen würde. Es ist aber logisch, dass ich gegenüber den Krankenkassen belegen muss, was ich mit den Patientinnen und Patienten gemacht habe. Mir scheinen die Vorgaben nicht übertrieben. Ich verrichte auch nur Arbeiten, die über die Grundversicherung mit den Krankenkassen abgerechnet werden, so ist es nicht so aufwändig.



Margrit Rieser

Denkst du, dass in der Gesundheitspolitik gewisse Anliegen zu kurz kommen?

Früher zahlten die Krankenkassen allen Versicherten mit ärztlicher Verordnung für Physiotherapie zwei Serien à 12 Sitzungen, in begründeten Fällen auch drei oder vier Serien. Heute gibt es Serien à neun Sitzungen und es wird schon ab dem 10. Termin schwierig, auch nur für zwei, drei weitere Sitzungen die Bewilligung zu erhalten. Dabei ist der Nutzen der Physiotherapie erwiesen: nach einer Operation ist jemand viel rascher wieder arbeitsfähig oder eine pflegebedürftige Person kann manches selber tun und verursacht so weniger Pflegeaufwand. Wenn man hier spart, löst man andernorts mehrfach höhere Kosten aus.

Im Gesundheitswesen spart man bei den kleinen Ausgabenposten und vergisst darob die Grossen. Ich würde von Politikern und gerade von den kleinen, sozial engagierten Parteien erwarten, dass sie diese Fakten klar auf den Tisch legen. Das ständige Kürzen an der Grundversicherung führt in eine Zweiklassenmedizin. Reiche können sich teure Zusatzversicherungen und Behandlungen leisten, Arbeiter am Existenzminimum nicht mehr. Es wird nur noch von Selbstverantwortung gesprochen und das tönt wunderbar. Und ist es ja auch, wenn man von Übergewicht und rauchen spricht. Aber was kann ein Chronischkranker dafür, dass er an Multipler Sklerose, Polyarthrit oder Neurodermitis erkrankt ist? Wir können doch alle Gott danken, wenn wir gesund sind! Das ist nicht unser Verdienst. ■

Interview: Christof Erne

ANZEIGE

www.livenetch
...belebt!

News • Agenda • Forum
Gebet • Jobs • Kontakte
Adressen • Webhosting

Livenet.ch – Internetportal für engagierte Christen Jesus.ch – Infoseite für am Glauben Interessierte

ÜBER DEN GARTENZAUN

Islam-Resolution der EVP

Aus Anlass der gegenwärtigen Diskussionen rund um den Islam (Minarettdebatte, Papstrede) drucken wir nach einer gekürzten Fassung in der bEVP Nr. 2 die vollständige EVP-Resolution, die im April 2005 verabschiedet wurde:

1. Die Schweiz ist durch eine christliche Tradition geprägt

Das Kreuz im Schweizer Wappen, die Landes- und Freikirchen sowie die Präambel der Bundesverfassung geben davon Zeugnis. Darum sind christliche Symbole in öffentlichen Gebäuden zu respektieren.

2. Die Wertordnung unseres Landes ist im Christentum verwurzelt

Werte wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, gegenseitiger Respekt, Versöhnung und Menschenwürde gehören zur christlichen Tradition. Sie bilden aus unserer Sicht die Grundlage unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, aber auch unserer Wirtschaftsordnung.

3. Die Glaubensfreiheit ist unantastbar

Jede Religionsgemeinschaft darf ihren Glauben ungehindert ausüben, sofern sie dabei nicht gegen die Grundsätze von Verfassung und Gesetz verstösst. Jede Person hat das Recht, ihre Religion frei zu wählen, aber auch ohne Diskriminierung zu wechseln.

4. Toleranz beruht auf Gegenseitigkeit

In der Schweiz geniessen die Muslime wie alle anderen Glaubensgemeinschaften die in der Bundesverfassung garantierte Religionsfreiheit.

Wir erwarten, dass sich der Bundesrat dafür einsetzt, dass dieses Recht auch den Christen in islamischen Ländern zugestanden wird.

5. Kulturelle Vielfalt und Religionsunterricht

Auf der Primarstufe ist christlicher Religionsunterricht anzubieten. Christliche Feste und christliches Liedgut gehören auch in den ordentlichen Schulunterricht. Die Auseinandersetzung mit anderen Religionen gehört in den Lehrplan der Oberstufe (Sekundarstufe 1).

6. Integration verlangt gemeinsame Werte

Wer in der Schweiz leben will, muss die Toleranz gegenüber Andersgläubigen und die Gleichwertigkeit der Geschlechter respektieren. Wir lehnen ein generelles Kopftuchverbot ab. Begründete Kleidervorschriften in privaten und öffentlichen Institutionen bleiben vorbehalten.

7. Imam-Ausbildung ist keine Staatsaufgabe

Im Rahmen der Religionsfreiheit können muslimische Gemeinschaften auf privater Basis Imame ausbilden, welche sich mit der Tradition unseres Landes vertraut machen müssen. Anforderungen zur Gewaltanwendung werden nicht toleriert. ■

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 30. April 2005 in Frauenfeld.

ANZEIGE

Geschenk als Dank für Ihren EVP-Einsatz

Wir haben die CD «Dr Güggü» produziert und möchten Ihnen diese als evp-passendes Dankeschön schenken (solange Vorrat)!
Melden Sie sich via E-Mail, Tel. oder Post bei uns:

MOSAICSTONES
MOSAICSTONES
Postfach 3604 Thun
033 336 00 36
info@mosaicstones.ch

Gesucht

Geschäftsführer/in

50-60%

zur Leitung der Geschäftsstelle der EVP Kanton Bern.

Eine komplette Stellenausschreibung finden Sie auf www.evp-be.ch.

Ihre Fragen und Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an:

Monika Wandel, Vizepräsidentin der EVP Kanton Bern, Grauholzweg 2, 3084 Wabern, Tel. 031 961 19 09 oder E-Mail: monika.wandel@gmx.ch



Gesucht: 500 Neumitglieder bis Ende 2006 Sind Sie eines davon?

Die Schweiz hat christliche Werte und eine menschliche Politik dringend nötig. Bringen Sie Ihr Salz unters Volk! Tragen Sie Ihr Licht in die Welt! Bestimmen Sie heute, in welcher Welt Ihre Kindeskiner leben werden. Werden Sie noch heute Mitglied der Evangelischen Volkspartei unter www.evppve.ch.

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
Josefstrasse 32, Postfach 7334, 8023 Zürich, 044 272 71 00, info@evppve.ch

Christliche Werte.
Menschliche Politik.



Tagesschulinitiative unter Dach

Bis im letzten Moment war nicht sicher, ob genügend Unterschriften für die kantonale Tagesschulinitiative zusammen gekommen sind. Umso grösser war die Freude, als Ende September der Staatskanzlei vor dem Rathaus in Bern über 17'000 gültige Unterschriften überreicht werden konnten. Die Initiative verlangt, dass jedes Schulkind im Kanton Bern bei Bedarf ein Tagesschulangebot in Anspruch nehmen kann. Auch die EVP war mit Fraktionschefin Marianne Streiff bei der Übergabe mit von der Partie, da sie sich nebst 22 weiteren Organisationen und Parteien bei der Unterschriftensammlung engagiert hatte. Wie Marianne Streiff an der Medienkonferenz sagte, sei es für die EVP wichtig, dass die Nutzung der Tagesschulangebote auch in Zukunft freiwillig bleibe. «Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang ihre Kinder die Tagesschule nutzen.» Eltern sollen in der Gestaltung ihres Familienlebens durch Tagesschulen nicht eingeschränkt, sondern unterstützt und bereichert werden.

Barbara Streit-Stettler, Geschäftsführerin



Bild: zvg

Das Amen sprechen

Wer betet, ist es gewohnt, das Gesprochene mit einem Amen zu beschliessen. Wir wollen damit meist einen allgemein üblichen Schlusspunkt setzen und denken dabei weniger an eine tiefere Bedeutung.



Ruth Dolder

Als Redewendung wird dieses Wort im Sinn von Zustimmung und abschliessendem Beipflichten verwendet. Eine genauere Erklärung gibt der Heidelberger Katechismus unter Frage 129: «Was bedeutet das Wort Amen? Amen heisst: Das ist wahr und gewiss! Denn mein Gebet ist von Gott viel gewisser erhört, als ich in meinem Herzen fühle, dass ich dies alles zuverlässig von ihm begehre.» Diese Erklärung fusst auf dem hebräischen Wortstamm, den wir in folgenden Worten wieder finden: fest, zuverlässig, göltig, wahr.

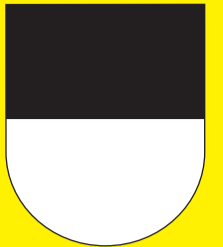
Auch Begriffe wie «Bestand haben», «zuverlässig sein» und «fest stehen» umschreiben die grosse Bedeutung und den Sinn dieses Wortes. Unsere Zeit ist geprägt von Veränderungen, Halbwahrheiten und dem Wunsch nach wenig Verbindlichkeit. Da stellt sich die Frage, wo und wann wir «das Amen sprechen» wollen und können. In abgeschwächter Form erleben wir

eine Art von Amen, wenn wir unsere Unterschrift geben. Wir hoffen, uns auf das Unterschriebene verlassen zu können. Wir glauben, dies sei richtig und werde geschehen – auch in einem Umfeld von ständigen Veränderungen. Trotzdem stellen die meisten Menschen einen gewissen Unsicherheitsfaktor fest. Enttäuschungen führen zu Ernüchterung und oft auch zu Misstrauen, so dass der Mut sinkt, sich voll und ganz hinter eine Sache zu stellen oder sich dafür einzusetzen. Wer dabei jedoch das Ziel vor Augen hat, wird nicht so schnell aufgeben, denn er trägt das «Ja» zum eingeschlagenen Weg in sich. Gottes «Ja» zum Menschen zeigt sich in seinem Sohn Jesus Christus, der die Erfüllung aller seiner Versprechungen ist. Nur er ermöglicht uns Menschen, ein echtes Amen zu sprechen. Er selber trägt in Offenbarung sogar diesen Namen (Offenbarung 3,14). Seine Person bezeugt die Treue und Zuverlässigkeit Gottes. Diese Gewissheit ermöglicht uns, nicht nur das Amen in der Kirche zu sprechen, sondern unser ganzes Leben unter sein Ja und Amen zu stellen. Ich bin überzeugt davon, dass es etwas Beständigeres, Zuverlässigeres und Verlässlicheres nicht gibt.

Ruth Dolder,
Bezirkspräsidentin des Evangelischen
Gemeinschaftswerks (EGW) Bern-Zentrum

ÜBER DEN GARTENZAUN

EVP Freiburg 10-jährig



Nach frühherbstlicher Fahrt durch westfreiburgische Wälder tauchte hinter einer Kurve die mittelalterliche Stadt Romont auf. Auf ihrem Hügel thronend und aus der Ferne gesehen, schien sie ihre Jahrhunderte alte Geschichte wenig zu kümmern. Vielmehr erweckten die alten Gebäude den Eindruck, als ob sie die Erhaltung der Stadt und deren Weg in die Zukunft nur bestärken würden. Dieser Ort mit seiner Ausstrahlung konnte für das zehnjährige Jubiläum der EVP Freiburg nicht trefflicher gewählt werden. Zwar noch nicht dasselbe Alter auf den Schultern, bezeugen die vergangenen Jahre die Erfolge, die diese Kantonalpartei an den Punkt gebracht haben, an dem sie heute steht – und sie bekräftigen ihre Mitglieder weiterzugehen. Doch Gehen ohne Stärkung geht nicht. Eine Jubiläumsfeier ist in diesem Sinne eine Stärkung vor dem Marsch in die Zukunft. Kaffee und Gipfeli stärkten denn auch morgens früh um acht am Bahnhof Romont die teilnehmende Gruppe in dieser Überzeugung.

Dank an Gott

Nach dem Marsch durch ein längeres Waldstück beschlossen wir die Wanderung in der Kirche von Mézières. In der kurzen Rede der Parteipräsidentin Susanne Rüfenacht war der Dank zentrales Thema: der Dank an Gott, der Dank an alle, die die Partei mit ihren Gaben und Möglichkeiten im vergangenen Jahrzehnt mitgetragen und den gemeinsamen Weg mitgestaltet haben. Ein Teil dieser Stützen der EVP Freiburg hatte an der gemeinsamen Wanderung teilgenommen und blickte nun auf die vergangene, gemeinsame Zeit zurück: Gründungsmitglieder, treue Aktiv- und Vorstandsmitglieder und begleitende Ehegatten; Susi und Martin Minder als kantonale Vertreter der grossen bernischen Schwesterpartei; Werner Rieder von der EVP Schweiz; der zweite Kantonalpräsident Michael Rüfenacht mit seinem kleinen Kind; die unentbehrlichen Organisatoren der Grossratswahlen Rebecca und Dominik Stankowski.

Präsidentin als Organistin

Die wichtige Toccata und Fuge in d-moll von Johann Sebastian Bach, EVP-intern interpretiert durch die Präsidentin, versah uns mit dem nötigen Mut und dem Schwung für die Zukunft. Zurück in Romont wurden wir uns beim Mittagessen am langen Tisch abschliessend noch einmal bewusst, weswegen wir auch noch diese Gegend des Kantons besucht hatten: Die Zukunft der EVP Freiburg benötigt die Ausweitung der Partei in die französischsprachigen Teile des Kantons. Die Stadt auf dem Hügel im Glânebezirk mit ihrer Geschichte liessen wir wegfahrend hinter uns, doch zugleich bleibt sie symbolisch Schnittpunkt für die Zukunft unserer Sektion im zweisprachigen Kanton – gleich wie die Wanderung Schnittpunkt ist von Gewesenem und Kommendem.

Andreas Rüfenacht, EVP Freiburg, Murten

Auftrag der EVP

Geleitet von Piet Los, machten wir uns auf den Weg auf einem Teil des «chemin du vitrail» – des Weges der Kirchenfenster, wörtlich übersetzt. Dieser brachte uns in die Abtei «Fille Dieu», wo wir an einem Morgen gebet der dort wirkenden Schwestern teilnahmen. Die wundervollen Glasmalereien zum Thema Hoffnung aus dem späten 20. Jahrhundert vermittelten uns in ihrem Lichtglanz etwas vom Auftrag, den die EVP in der Schweizer Politik wahrnehmen soll. Dem Weg der Glasmalereien weiter folgend, erinnerten wir uns in einer kleinen Dorfkapelle in einer Andacht daran, dass unsere Widersprüche letztendlich nur in Gott zur Ruhe kommen können – ähnlich dem zerbrechlichen Buntglas der Kapellenfenster, welches nur im Lichte der Sonne seine vollendete Schönheit entfaltet.



ABSTIMMUNG 26. NOVEMBER 2006

Parolen

Familienzulagengesetz JA (einstimmig)

Dieser einheitliche minimale Zustupf ist für Familien wichtig. Es ist eine Anerkennung der oft nicht wertgeschätzten Familienarbeit. Die Zulagen sind eine wirksame Massnahme zugunsten einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Angesichts der tatsächlichen Kosten sind selbst diese Zulagen nur ein bescheidener Beitrag. Für die Wirtschaft ist die Vorlage finanziell tragbar. Die Kosten entsprechen nach Beitragssatzsenkungen der letzten Jahre dem Stand von 2002. Zum kritisierten «Giesskannenprinzip» Grossrat Marc Jost (Thun): «Der EVP ist klar, dass dieses Prinzip tatsächlich ergänzt werden muss, aber es gibt in vielen Schweizer Familien sehr trockenen Boden. Das Wasser ist dort am notwendigsten, wo es staubtrocken ist. Wo es heute schon feucht ist, bleibt das Wasser nicht, sondern es fliesst weiter, bis es schliesslich via Konsument wieder der Wirtschaft zufließt...»

Osthilfegesetz JA (einstimmig)

Dieses stützt den bewährten bilateralen Weg und sichert über verbesserte Wirtschaftsbeziehungen auch schweizerische Arbeitsplätze. Für die Zahlungen zugunsten konkreter(!) Projekte gelten 3 Kriterien: Nachweis dringenden Bedürfnisses, Einbringung eigener Erfahrungen und Kompetenzen, Tätigkeit nur dort, wo die EU nicht oder nur beschränkt aktiv ist. Die Vorortunterstützung hilft, stabilere Verhältnisse zu schaffen, damit die Menschen nicht auswandern müssen. Allein aus der Zinsbesteuerung von EU-Staatsangehörigen fließen jährlich 50 Millionen in die Bundeskasse.

Die über 5 bis 10 Jahre verteilte Milliarde finanziert sich ohne neue Schulden oder neue Steuern. Das Gesetz ist kein Freipass für weitere Zahlungen: Die Dauer ist auf 10 Jahre begrenzt. Wollte man weiterfahren oder erhöhen, muss das Gesetz wieder formuliert werden und wird dem fakultativen Referendum unterstellt.



Pistenverlängerung Flughafen Belp JA (Dreiviertelmehrheit)

Der Kanton soll 3 Mio. an die «Pistenverlängerung Süd» von total 5,2 Mio. zahlen. Zusammen mit der «Verlängerung Nord» sind dies Totalkosten von 8,2 Mio. Auslöser dieser Investitionen sind die strengeren Sicherheitsvorschriften. Die bereits gebaute «Nordverlängerung» und die Restkosten der «Verlängerung Süd» bezahlen die Flughafenbetreiberin Alpar AG und Dritte. Der Flughafen sichert jährliche volkswirtschaftliche Einnahmen von 200 Mio. Franken. Allein die Wintercharterflüge generieren jährlich mehr als 90'000 Übernachtungen und sichern 450 direkte und über 1000 indirekte Arbeitsplätze. Die Anrainergemeinden werden dank der Pistenverlängerung höher und dadurch leiser überflogen. Die Umweltvorschriften werden eingehalten. Grössere Flugzeuge sind laut der Betreiberin nicht zu befürchten. Es geht vielmehr darum, die heutigen Flugzeuge besser auszulasten. Dieser einmalige Beitrag ist im Vergleich mit den übrigen Ausgaben für den öffentlichen Verkehr (z.B. Bahn, Bus, Tram jährlich 152 Millionen) bescheiden. Die Gegner der Vorlage kritisieren hauptsächlich, dass der Staat hier zahlen soll.

Zwei Familien-vorstösse eingereicht



Christine Schnegg

Die Probleme sind eigentlich längst erkannt: Familien sind besonders häufig von Armut betroffen, Einelternfamilien und «Working Poor» sind im Steigen begriffen, Paare verzichten immer öfter zugunsten ihrer beruflichen Laufbahn auf

Kinder usw. Obwohl der Handlungsbedarf also unbestritten ist, verfügte der Kanton Bern bislang über keine gezielte Familienpolitik. Dem wollen die beiden EVP-Grossrätinnen **Christine Schnegg** und **Marianne Streiff** abhelfen. Sie reichten in der September-Session diesbezüglich **zwei Motionen** ein. Die eine verlangt ein **Erarbeitung eines Familienkonzepts**, das im Grossen Rat diskutiert und verabschiedet werden kann. «Eine gezielte Familienpolitik ist nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern auch der sorgfältigen Erarbeitung von Zielen und Massnahmen sowie deren Umsetzung und Evaluation», schreiben die beiden Motionärinnen. Mit einer zweiten wollen Marianne Streiff und Christine Schnegg innerhalb der Verwaltung eine **direktionsübergreifende Familienkonferenz** einführen. In der Begründung zeigen sie auf, dass eigentlich jede der sieben Direktionen mit dem Thema «Familie» konfrontiert ist. So Sorge beispielsweise die Volkswirtschaftsdirektion «für Ernährerinnen und Ernährer von Familien für neue Arbeitsplätze» und sei andererseits daran interessiert, Neuzuzügern den Standortvorteil eines familienfreundlichen Kantons Bern präsentieren zu können.



Marianne Streiff

Barbara Streit-Stettler, Geschäftsführerin

GEMEINDEWAHLEN HERBST 2006

EVP jetzt unterstützen



MELCHNAU: 19. November
Die EVP kandidiert mit Spitzenkandidatin **Ursula Sutter-Käser** und guten Erfolgsaussichten für den Gemeinderat. Zusätzlich beteiligt sich die EVP an der Ausmarchung für die Schul- und Kindergartenkommission, die Finanzkommission und die Kommission für Liegenschaft und Strassen.



RECONVILIER: 26. November
Für den Gemeinderat stellt sich der bekannte und bewährte **Tom Gerber** (Bild links, EVP, bisher) wiederum zur Verfügung. Erstmals tritt die EVP für die Schulkommission an: Es kandidieren **Salomé Ryser, Esther Gerber und Christian Sollberger**.

STEFFISBURG: 26. November

Zum ersten Mal tritt die EVP mit mehr als 17 Kandidierenden zu den GGR-Wahlen an. Sie will ihre Vertretung von bisher drei Sitzen auf vier oder fünf Sitze erhöhen. Mit der EDU wurde eine Listenverbindung vereinbart. Alle Bisherigen **Margret Bachmann-Mc-Donald, Markus Enggist und Thomas Schweizer** treten wieder an. Für den Gemeinderat besteht eine gemeinsame Liste mit der EDU. Auf ihr sind der bisherige



Werner Jakob (EVP) (Bild links) sowie **Lorenz Kopp** (EVP) (Bild rechts) vorkumuliert.



THUN: 26. November

Die EVP will im Stadtrat dieses Mal einen dritten Sitz holen. Mit der FDP und CVP wurde eine Listenverbindung eingegangen. Die bisherigen **Ruth Lengacher** und **Jürg Dällenbach** treten wieder an.



Mit **Jonas Baumann-Fuchs** (kumuliert) und **Christof Scheidegger** will die EVP auf einer gemeinsamen EVP/CVP-Liste mit der FDP bei den Gemeinderatswahlen erstmals einen Sitz erobern. Die Chancen stehen wegen dem stets gewachsenen Wähleranteil gut. Zudem wird erstmals die Wahl der Exekutive nach dem Nationalratsproporz durchgeführt, was die Chancen auf einen Sitzgewinn der EVP zusätzlich erhöht.

UTZENSTORF: 26. November

Die EVP portiert die Lehrerin und Familienfrau **Daniela Niklaus-Rytz** (Spitzenkandidatin), die Laborantin und Hausfrau **Doris Flückiger** sowie den Reha-Koordinator und Case-Manager **Simon Feuz** für die Schulkommission. Die EVP will damit ihr Engagement für die Familien und die Jugend unterstreichen.

Vergelt's Gott!

Gemeindewahlen 2006

Erfolg in LÜTZELFLÜH

Die EVP steigerte ihren Wähleranteil von 12,2% auf 19,5% massiv! Gewählt wurde der bisherige **Beat Iseli**.

IMPRESSUM

www.evp-be.ch, www.pev-be.ch
evp.kanton.bern@schweiz.org



Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde/ Gönner: Fr. 3.-; Postscheck 30-20312-1 (EVP)
Redaktionsadresse: Dieter Rohrbach, Aussenmattweg 15, 3714 Frutigen, Tel. 033 534 02 57, E-Mail: d.rohrbach@switzerland.org
Inserate: Dieter Rohrbach, E-Mail: d.rohrbach@switzerland.org. Verlangen Sie unsere Mediendaten.
Adressänderungen: Bitte an untenstehende Adresse senden.
Geschäftsstelle: EVP des Kantons Bern, Postfach, 3000 Bern 7.